



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/243 - 19.10.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Faksimile 039890

| | |
|---|------|
| Zur Antwort der Westmächte an die Sowjetunion | S. 1 |
| Eisenhower und die Republikaner | S. 3 |
| Der Wahlkampf in Hamburg in vollem Gang | S. 5 |
| Kirche und Bauernverband | S. 7 |

Wo bleibt der vierte Mann ?

Von Willi Eichler

Die Konferenz der drei westlichen Außenminister war ganz offenbar in der sonst ungewohnten Eile zusammengerufen worden, weil die Lage in und um Triest sich verhängnisvoll zugespitzt und verhärtet hatte. Daß auf der Konferenz gleichzeitig die Antwort auf die russische Note vom 28. September 1953 endgültig beschlossen wurde, hing mit dem Thema Triest unmittelbar zusammen. Die Auseinandersetzungen um Triest und der mißglückte Versuch, den gordischen Knoten dort zu durchhauen, offenbarten die ganze Sterilität, die für die Außenpolitik des West- und Ostblocks in der letzten Zeit so kennzeichnend war.

Wenn man die offenbare Nachlässigkeit sieht, mit der von heute auf morgen Amerika und England sich entschlossen, die Truppen aus dem besetzten Triest zurückzuziehen, ohne Jugoslawien von dieser bevorstehenden Tatsache und den dahinterstehenden Absichten zu unterrichten; wenn man sieht, mit welcher Hartnäckigkeit und Entschlossenheit daraufhin Tito bedrohlichste Maßnahmen ankündigt; wenn man dann wieder hört, dies alles sei ja gar nicht so gemeint gewesen, und wenn wir erfahren, daß Italienern und Jugoslawen alles Mögliche miteinander kaum Vereinbare versprochen wird, dann erinnert man sich an die Verlegenheitslösung der Balfour-Erklärung des Jahres 1917 über Palästina, die sowohl Juden als auch Araber befriedigen sollte und nur einen ständigen Unruheherd schuf, dessen

letzte Wirkungen bis heute noch unabsehbar sind. Die Sterilität scheint also in Außenministerien, entgegen allen biologischen Gesetzen, erblich zu sein.

Die Quadratur des Kreises

In Wirklichkeit war die überhastete Entscheidung über Triest aber nur ein Glied in der Kette bestimmter politischer Einzelziele, auf die der Westen in einer Weise beharrt, als ob es sich dabei um die Verteidigung der heiligsten Grundsätze der Menschheit handelt. Und hier liegt der Urgrund außenpolitischer Sterilität der letzten Monate in Europa. Es geht um die Durchsetzung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Auch hier handelt es sich in den weiteren Zusammenhängen um die gleiche Quadratur des Kreises, vor der man in der Lösung der Palästina-Frage und der Triester Situation stand. Denn nach der Meinung westlicher Außenpolitiker, wenn auch keineswegs aller, ist es möglich, die EVG und die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zu erreichen. Nach der Meinung der Sozialdemokraten ist das so gut wie ausgeschlossen, da die EVG praktisch bedeutet, Westdeutschland aufzurüsten, in den Westen zu integrieren und über die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit mit den Russen dergestalt zu verhandeln, daß später auch die Sowjetzone in diese Aufrüstung und Integration einbezogen wird. Daß dies für die Russen unannehmbar ist, haben sie oft genug erklärt.

Es ist anerkannt worden, auch von amerikanischer und Adenauerseher Seite, daß das Sicherheitsbedürfnis auch der Russen ein legitimer Anspruch ist. Da man aber gleichzeitig an der Form der EVG festhält, dreht man sich offensichtlich seit Monaten im Kreise. Diesen Kreis zu durchbrechen und Churchills Vorschlag einer Diskussion auf höchster Ebene zur vorbehaltlosen Prüfung aller schwierigen Fragen anzunehmen, hat man sich nicht entschließen können. Viele fürchteten, daß dabei "Einigungen" auf ihre eigenen Kosten herauskommen würden - eine Befürchtung, die übrigens keineswegs gegenstandslos ist.

In Italien und Frankreich, und zum Teil auch in England, gibt es aus den verschiedensten Gründen heftige Widerstände gegen die Ratifizierung der EVG, bevor man nicht durch Verhandlungen mit den Sowjets erforscht hat, ob nicht andere Maßnahmen zur Verteidigung des Westens wirkungsvoller sein können. Um diese Widerstände zu beschwichtigen,

suchte man nach Konzessionen gegenüber der öffentlichen Meinung dieser Länder. Die übereilte "Lösung" in Triest war ein solcher Versuch; der zweite kann in der "Europäisierung" des Saargebiets liegen.

Westnote immerhin ein Fortschritt

Die russische Note vom 28. September war in Bezug auf mögliche Verhandlungen kein ermutigender Schritt. Von der Antwortnote der Alliierten, die am Sonntag überreicht wurde, läßt sich wenigstens sagen, daß sie die Mißstimmung über die russische Antwort nicht erkennen läßt. Ursprünglich war geplant, schon über ein Sicherheitsabkommen mit Rußland etwas anzudeuten. Das ist auf die Einsprüche des deutschen Bundeskanzlers unterblieben, der erst nach einer Einigung über gesamtdeutsche Wahlen über die Fragen der Sicherheit diskutieren möchte. Die Note rückt in den Vordergrund die Notwendigkeit einer zufriedenstellenden Lösung des deutschen und österreichischen Problems. Und sie ist insofern ein entscheidender Fortschritt, als sie die Nutzlosigkeit weiterer Noten betont und alles Gewicht auf die Unerläßlichkeit mündlicher Verhandlungen legt.

Den möglichen russischen Einwand, man könne nicht nur streng begrenzt über gesamtdeutsche Wahlen und den österreichischen Staatsvertrag verhandeln, hat man vorweggenommen durch die Erklärung: "Ein derartiges Treffen (zu Vieren!) würde es der sowjetischen Regierung ermöglichen, ihre Ansicht über jeden Aspekt der deutschen und österreichischen Frage darzulegen, von dem sie es wünscht".

Das sollte eigentlich immer eine Selbstverständlichkeit gewesen sein, war es aber bisher nicht. Und die Sozialdemokratie hat von Anfang an betont, daß die Lösung des deutschen Problems mehr enthalten muß als nur eine Diskussion über die Durchführung freier Wahlen. Die Note der Westmächte verbaut also keinen Weg, wenn auch das Hemmnis der EVG vorläufig weiter besteht. Sie läßt sogar die Möglichkeit einer von den Sowjets gewünschten Fünfer-Konferenz zur Erörterung weiterer internationaler Probleme offen. Es ist bedeutsam, daran zu erinnern, wie weit sie in allem den sozialdemokratischen Forderungen gerecht wird, die seit Jahr und Tag erhoben worden sind: Verhandlungen mit den Sowjets zu erreichen, ohne an Verfahrens- und Tagesordnungsfragen zu kleben. Nur so kann ja der vierte Mann, ohne den es nun einmal zu friedlichen Lösungen der brennendsten Fragen internationaler Politik nicht kommen kann, zum Mitspielen bewegt werden. Dieser vierte Mann, die Sowjetunion, wird sich jetzt bald entscheiden müssen. Aber auch "der Westen" wird sich klar werden müssen, ob er dem Phantom der EVG zuliebe noch viel Porzellan zerschlagen lassen will.

Eisenhowers politische Schwierigkeiten im Kongreß

L.L.-New York, Mitte Oktober

Der der Demokratischen Partei angehörende Gouverneur von Ohio hat von seinem Recht Gebrauch gemacht, einen Demokraten als Nachfolger des im August verstorbenen Senators Taft zu ernennen. Der neue Senator, bisher viermal zum Bürgermeister von Cleveland, einer der größten Industriestädte in USA gewählt, wird die Zahl der Demokratischen Senatoren auf 48 bringen. Ihnen werden nur 47 Republikaner gegenüberstehen. Ein Senator ist ein Unabhängiger, der früherer Republikaner Morse, der aus Protest gegen den rückschrittlichen Kurs der Republikaner unter Eisenhower die Republikanische Partei verlassen hat. Obwohl Morse sich sehr scharf gegen die Republikaner wendet, hat er erklärt, daß er bei den Abstimmungen über die Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden oder der Ausschußobmänner mit den Republikanern stimmen wird. Da der Vizepräsident der USA aufgrund seines Amtes Vorsitzender des Senats ist und das Recht hat, bei Stimmgleichheit zu entscheiden, werden die Republikaner mit Mühe und Not ihre Ausschußobmänner-Posten behalten. Indes haben die Demokraten weder Lust noch Ursache, den Republikanern die Verantwortung für die Gesetzgebungsarbeiten im Senat vor den kommenden Wahlen abzunehmen. Im Gegenteil, die Besetzung der Posten der Ausschußobmänner, die im amerikanischen Kongreß die Gesetzgebungsarbeit in ihren Händen halten, bedeutet für die Republikaner nicht nur Macht und Verantwortung, sondern unter den gegebenen Umständen eine Verlegenheit insbesondere für den Präsidenten.

Zu den großen politischen Sorgen des Weißen Hauses gehört gegenwärtig vor allem die Frage, wie ein politisch unerfahrener und an dem Tagesbetrieb der Politik offenbar auch nicht genügend interessierter Präsident wie General Eisenhower die zahlreichen heiklen politischen Probleme, die für die kommende Session aufgeschoben wurden, aber nun der Lösung harren, bei den komplizierten Parteienverhältnissen lösen und die notwendigen Gesetze durch den Kongreß hindurchlotsen wird.

Der neue Führer der Republikaner im Senat, Knowland, ist nicht nur eine politisch umstrittene Figur, sondern einer jener Senatoren, die wegen ihrer extremen außenpolitischen Haltung - er ist einer der

verlässlichsten Freunde Tschiang Kai-scheks und Befürworter einer mehr aggressiven Außenpolitik im Fernen Osten - in allen innenpolitischen Fragen wenig Aussicht auf Erfolg haben. Knowland hat viele Gegner unter den Republikanern, und die altgedienten Ausschußobmänner haben bereits jetzt eine Revolte gegen ihn begonnen. Sie wollen die Fragen der Gesetzgebung direkt mit dem Präsidenten und nicht durch den Fraktionsführer besprechen. Aber sie sind durchaus keine Anhänger Eisenhowers. Die meisten von ihnen stehen weit rechts und sind insbesondere Gegner der Eisenhowerschen Außenpolitik. Andere wiederum sind Gegner seiner Ausgabenpolitik und wollen die militärische Sicherheit der USA hinter die wahlpolitisch wichtigen Steuerermäßigungen gestellt wissen. Manche dieser Senatoren sind Schutzzöllner und in Opposition gegen eine großzügigere Zollpolitik.

So ist die innere Zerklüftung unter den Republikanern und vor allem der Mangel einer politischen Führung, die Eisenhower bisher nicht ausüben vermochte, eine noch viel ernstere Schwierigkeit als der Mangel einer Mehrheit im Senat. Da es im amerikanischen Kongreß keine festumrissenen Parteilinien gibt, wird es in allen Fragen immer einige konservative Demokraten geben, die mit den Republikanern stimmen werden. Aber die Unklarheit der Republikaner über das, was sie selbst wollen, und die mangelnde politische Führung durch das Weiße Haus werden die an sich sehr schwierigen Probleme, wie zum Beispiel die Steuerfrage, unlösbarer gestalten. Viele meinen, daß die kommende Kongreß-Session, die in der ersten Januar-Woche beginnt, vom Präsidenten die ersten wirklich großen Proben seiner politischen Führerqualitäten und den für die kommenden Kongreßwahlen entscheidenden Befähigungsnachweis erfordern wird. Die Sorge über den Ausgang der kommenden Session ist zugleich ein Urteil über die voraussichtlichen Chancen des Präsidenten, diese Prüfungen zu bestehen ...

Zugleich sind aber diese politischen Schwierigkeiten der Republikaner und der Verlust ihrer Pluralität von einer einzigen Stimme Vorboten der kommenden Wahlen des November 1954. In ihnen werden alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses und ein Drittel der Senatsmitglieder wiedergewählt werden. Schon die Tatsache, daß der populäre Bürgermeister von Cleveland sich 1954 um den Senatsitz von Ohio bewerben wird, mag bedeuten, daß die Republikaner nun weniger Aussicht haben, die Mehrheit im Senat zu gewinnen. Präsident Eisenhower wird sich nun darauf vorbereiten müssen, ein politischer Führer im Kampf der Parteien zu sein. Wollte er das? Und kann er diese Rolle spielen?

Eine Front der Anständigen

(sp) Während vor drei oder vier Wochen der Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaftswahl allein von der PSU (Freie Soziale Union) betrieben wurde, die nicht die geringste Chance hat, eine parlamentarische Vertretung zu erlangen, ist es in diesen Tagen in der Hansestadt munterer geworden. Nicht zuletzt durch die Rede, mit der Hamburgs Bürgermeister Max Brauer den Wahlkampf für die Sozialdemokratie eröffnete, in der er die totale Verkehrung der Fronten aufzeigte. Im Bundestagswahlkampf stand die SPD in der Rolle der Opposition, im Hamburger Wahlgang sind es die Bonner Koalitionsparteien. Dem konstruktiven Oppositionsprogramm der Sozialdemokratie auf der Bundesebene aber haben die bürgerlichen Oppositionsparteien in Hamburg nur die absolute Negation und eine Flut von Schmutz entgegensetzen, die ihren Gipfelpunkt in dem so unhanseatischen "Hanseat" gefunden hat.

Wenn man von allen anderen Verleumdungen absieht, dann sind es zwei Dinge, mit denen die Bonner Regierungsparteien den Wahlkampf bestreiten. Mit der "marxistischen-sozialistischen" Schulreform und dem Argument, daß die grandiose Hamburger Wiederaufbauleistungen nur dank Richards freier Marktwirtschaft möglich gewesen seien.

Zum ersten ist festzustellen, daß die Propaganda um die Hamburger Schulreform nur in Ermangelung eines echten Wahlschlagers betrieben wird. Noch niemand hat nachweisen können, daß die sechsjährige Grundschule den Leistungsstand der Schüler gesenkt hat. Im Gegenteil, die Hamburger Eltern, die aus Abneigung gegen diese Schulreform ihre Kinder in Nachbarländern auf die höhere Schule schicken, stellen nach kurzer Zeit fest, daß die Schüler, die in Hamburg in der Mitte der Klasse lagen, in Schleswig-Holstein plötzlich die Klassenbesten sind; selbst ein Hamburger Universitätsprofessor, der zu den erbittertesten Gegnern der Schulreform zählte, teilte dem Hamburger Kultursenator, nachdem er an eine katholische Universität in der Bundesrepublik berufen worden war, unaufgefordert mit, daß seine Kinder nach dem Hamburger Schulsystem so viel gelernt haben, daß sie jetzt ihren Kameraden mit der vierjährigen Grundschule weit voraus sind.

Auch die böswillige Propaganda, das Auslassungsverfahren für die

Oberschulen sei willkürlich und ungerecht, wird sich totlaufen, denn während früher 11 bis 13 Prozent der Volksschüler zur Oberschule wechselten, sind es jetzt über 15 Prozent, bei der technischen Oberschule, der Mittelschule vergleichbar, hat sich der Satz sogar auf 18 bis 20 Prozent erhöht.

Die Wiederaufbauleistungen des sozialdemokratischen Senats für Prof. Erhard zu okkupieren, dürfte auch nicht verfangen, denn schließlich tragen die Sozialdemokraten schon seit 1945 die Verantwortung in der Hansestadt. Als es noch keine Bundesregierung gab, war in Hamburg die Wohnbauleistung schon auf 1100 Wohnungen pro Monat gesteigert worden und erreichte 1949, bevor es die Bundeshauptstadt Bonn gab, 2000 Wohnungen pro Monat. Die Schiffsverkehrsrestriktionen hat nicht die Bundesregierung zum Großteil beseitigt, sondern der sozialdemokratische Bürgermeister Brauer, der schon, bevor es ein Kabinett Dr. Adenauer gab, die Achtung und das Ansehen der freien Welt besaß und unermüdlich die Voraussetzungen für den Wiederaufbau schuf und einen Großteil der Demontagen abwendete. 130000 neue Wohnungen, 630000 Arbeitsplätze und 52 neue Schulen sprechen für die Leistungen der Sozialdemokraten neben den enormen Leistungen, die aus einem öden Schiffsfriedhof wieder den Welthafer Hamburg geschaffen haben.

Nichts fand so starken Beifall als die Feststellung Brauers: Hinter dem Hamburger Block steht der schwarze Rock. Nichts wird so entschieden in Hamburg abgelehnt wie die Gleichschaltungsabsichten, die der Kanzler in seinem Brief an den Vorsitzenden der Hamburger CDU, Blumenfeld, so deutlich zum Ausdruck gebracht hat. Allgemein aber ist das Urteil, daß der Hamburger Bürgerblock durch seine Bündnisse und sein Verhalten dem Liberalismus in der Hansestadt den Todesstoß versetzt hat und nur noch die SPD allein Freiheit und Fortschritt verteidigt. Der Front der Verleumder stellt sich, wie Brauer es sagte, am 1. November eine Front der Anständigen entgegen.

+ + +

Konflikt Kirche - Bauernverband zugespitzt

(sp) Der Streit um die Bildungsarbeit an der ländlichen Jugend, willkürlich durch einseitige Machtansprüche des politischen Katholizismus ausgelöst, hat sich durch die Rede des Bischofs von Münster auf einer Kundgebung des katholischen Landvolks in Kevelaar zugespitzt. Der Bauernverband, der unter Leitung von Reichsminister a.D. Hermes steht, selbst Katholik und einstmals führender Zentrumsmann, kannte bisher keine konfessionellen Spannungen; der Wahlausgang vom 6. September scheint nun bei gewissen Seiten bestimmte Hoffnungen geweckt zu haben. Der Bischof von Münster verlangte nicht weniger als eine "eigenständige katholische Landjugendbewegung mit katholischen Landvolkhochschulen als Bildungszentren". Das bedeutet die Zerschlagung der bisherigen Bildungsarbeit, die Spaltung der Landjugend in konfessionell abgegrenzte Organisationen.

Wie konzentriert der Angriff gegen die im Bauernverband vereinigte Landjugend geführt wird, zeigt ein Hirtenbrief des Erzbischofs von Paderborn, Dr. Jos. Jäger:

"...darum haben wir deutschen Bischöfe bereits vor Jahresfrist zur katholischen Landvolk- und Landjugendarbeit vor Organisationen und Zeitschriften gewarnt, die in Erziehungs- und Bildungsfragen keinen klaren katholischen Standpunkt vertraten. Leider müssen wir feststellen, daß sich in den Einrichtungen und Organisationen des deutschen Bauernverbandes immer mehr ein Interkonfessionalismus durchsetzt ...

...Eure Söhne und Töchter gehören in die katholische Landjugendbewegung, nicht aber in den interkonfessionellen Bund der deutschen Landjugend. In Euer Haus gehört die katholische Landjugendzeitschrift: "Der Säemann"."

Die zwischen Kardinal Frings und dem Präsidenten des Bauernverbandes, Hermes, geführten Verhandlungen haben sich zerschlagen. Anscheinend versucht der politische Katholizismus nun über Hermes hinweg, den Bauernverband durch die Bildung konfessionell geprägter Jugendorganisationen von innen her auszuhöhlen.

+ + +

Verleumder gestellt

Das Sekretariat des Bundestagsabgeordneten Ritzel teilt mit:

Während des Wahlkampfes hat der am 6.9.1953 im Wahlkreis Dieburg-Erbach unterlegene Kandidat der CDU, Dr. Walter Löhr, behauptet, der Bundestagsabgeordnete Heinrich Ritzel habe sich im Jahre 1938 in einem Brief an den "Völkischen Beobachter" der NSDAP angeboten, wenn er wieder nach Deutschland zurückkehren dürfe. Ritzel lebte damals als freier Schriftsteller und nachher als Generalsekretär der Europa-Union in der Schweiz. Gegen diese Behauptung des Dr. Löhr erwirkte Abgeordneter Ritzel vor dem Landgericht Darmstadt, 1. Zivilkammer, eine einstweilige Verfügung, die Dr. Löhr diese unwahre Behauptung und herabsetzende Äußerung untersagte und ihn mit den Kosten des Verfahrens belastete. Gegen diese Entscheidung des Landgerichts erhob Dr. Löhr Einspruch. Nach wiederholter Vertagung fand nunmehr der Termin statt. Entscheidung ging dahin, daß der Einspruch des Dr. Löhr zurückgewiesen wurde und daß ihm auch die Kosten des letzten Termins auferlegt wurden.

In der gleichen Sache hat Bundestagsabgeordneter Ritzel gegen Dr. Löhr auch Strafantrag wegen übler Nachrede und Verleumdung gestellt. Da Dr. Löhr auf der Landesliste der CDU in den Bundestag gewählt wurde, kann dieser Strafantrag erst behandelt werden, wenn die Immunität des Abgeordneten Dr. Löhr aufgehoben ist.

Verantwortlich: Peter Raunau